

Amt der o.ö. Landesregierung

Verf(Präs) - 300163/16 - Gr

Linz, am 14. März 1986

DVR.0069264

Bundesgesetz, mit dem das Frem-
denpolizeigesetz geändert wird
(Fremdenpolizeigesetznovelle 1986);
Entwurf - Stellungnahme

An das

Präsidium des Nationalrates

Dr. Karl Renner-Ring 3
1017 W i e n

ENTWURF	
Zl. 12	GE/986
Datum: 24. MRZ. 1986	
Verteilt: 25.3.86 Brickenberger	

L. Hlavenka

In der Beilage werden 25 Mehrabdrucke der h. Stellungnahme
zu dem vom Bundesministerium für Inneres versandten Gesetz-
entwurf übermittelt.

Für die o.ö. Landesregierung:
Im Auftrag

Dr. G a i s b a u e r

25 Beilagen

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Amt der o.ö. LandesregierungVerf(Präs) - 300163/16 - Gr

Linz, am 14. März 1986

DVR.0069264

Bundesgesetz, mit dem das Frem-
denpolizeigesetz geändert wird
(Fremdenpolizeigesetznovelle 1986);
Entwurf - Stellungnahme

Zu Z1. 79.003/5-II/14/86 vom 17.2.1986

An das

Bundesministerium für Inneres

Herrengasse 7
1014 W i e n

Das Amt der o.ö. Landesregierung beehrt sich, zu dem mit der
do. Note vom 17. Februar 1986 versandten Gesetzentwurf wie
folgt Stellung zu nehmen:

Eingangs wird um Verständnis dafür gebeten, daß die Stel-
lungnahme nicht innerhalb der vorgesehenen Frist abgegeben
werden konnte. Mit Rücksicht auf die Funktion der Bezirks-
hauptmannschaften als Sicherheitsbehörden I. Instanz er-
schien es unerläßlich, diese Behörden in das (ansonsten nur)
amtsinterne Stellungnahmeverfahren einzubeziehen; was einen
beträchtlichen zusätzlichen Zeitaufwand erforderte.

Das vorrangige Anliegen der Novelle, wegen der mit einem
Aufenthaltsverbot verbundenen Grundrechtsberührung dem aus
Art. 18 B-VG erfließenden Bestimmtheitsgebot mit besonderer
Sorgfalt nachzukommen, wird begrüßt.

- 2 -

Im einzelnen wird zu der vorgesehenen Änderung des § 3 des Fremdenpolizeigesetzes folgendes bemerkt:

Die im Abs. 2 lit. a enthaltene Formulierung "wegen gewichtiger oder wiederholter Übertretungen" dürfte zu erheblichen Auslegungsproblemen führen. Es sollte daher zumindest in den Erläuterungen noch deutlicher (etwa durch Anführung weiterer Beispiele) zum Ausdruck gebracht werden, wann eine Übertretung als "gewichtig" anzusehen sein wird. Fraglich erscheint auch, ob etwa schon eine zweifache, von ihrer Bedeutung aber besonders geringfügige Übertretung ein Aufenthaltsverbot rechtfertigen könnte.

In den lit. a bis c wird jeweils auf rechtskräftige Verurteilungen bzw. Bestrafungen abgestellt. Nach Auffassung des Amtes der o.ö. Landesregierung sollte überlegt werden, ob es nicht ausreichen könnte, darauf abzustellen, daß strafbare Handlungen begangen wurden. Ob dies geschehen ist, hätte die Fremdenpolizeibehörde als Vorfrage gemäß § 38 AVG 1950 zu prüfen. Zumindest aber sollte nicht zugewartet werden müssen, bis die gerichtlichen oder verwaltungsbehördlichen Strafentscheidungen Rechtskraft erlangt haben. Denn gerade bei Vorliegen von Sachverhalten, auf die die lit. a bis c abzielen, erscheint vielfach ein rasches Vorgehen unumgänglich.

Nach lit. e soll es in Hinkunft keine Rolle mehr spielen, ob ein Fremder den Besitz oder den rechtlichen Erwerb der Mittel zum Unterhalt iener Personen, für die er nach dem Gesetz zu sorgen hat, nachweisen kann. Diese Änderung erscheint sachlich nicht gerechtfertigt und könnte dazu führen, daß Fremde in Zukunft ihre finanziellen Mittel nur mehr für ihren eigenen Unterhalt verwenden und ihren Sorgepflichten nicht mehr nachkommen, was letztlich bewirken würde, daß die Unterhaltsberechtigten der öffentlichen Hand zur Last

- 3 -

fallen. Es wird daher angeregt, lit. e in Anlehnung an § 25 Abs. 3 lit. e PaßG 1969 so zu formulieren, daß ein Aufenthaltsverbot auch dann ausgesprochen werden kann, wenn die Annahme gerechtfertigt ist, daß ein Fremder oder die ihm gegenüber Unterhaltsberechtigten der Republik Österreich (Bund/Länder) oder den Sozialhilfeträgern finanziell zur Last fallen könnten.

Zu lit. e wird bemerkt, daß Verstöße gegen bestehende gesetzliche Vorschriften über die Prostitution im Regelfall ohnendies unter lit. a zu subsumieren sein werden. Fraglich erscheint dagegen, ob es gerechtfertigt ist, auch die legal (etwa im Sinne des § 2 Abs. 1 und 4 des O.ö. Polizeistrafgesetzes, LGB1.Nr. 36/1979 in der Fassung der O.ö.

Polizeistrafgesetznovelle 1985, LGB1.Nr. 94) ausgeübte Prostitution als Aufenthaltsverbotstatbestand vorzusehen.

Nach h. Auffassung zwingt das im allgemeinen Teil der Erläuterungen zitierte Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 12. Dezember 1985 nicht dazu, auf die bisher gemäß § 3 Abs. 3 mögliche Erstreckung des Aufenthaltsverbotes auf den Ehegatten und die minderjährigen Kinder eines Fremden zu verzichten. Soweit aus den Erläuterungen ersichtlich ist, richtete sich die Kritik des Verfassungsgerichtshofes gegen die mangelnde Bestimmtheit der Tatbestände des Abs. 2 und dagegen, daß eine Abwägung der für ein Aufenthaltsverbot sprechenden Gründe mit dem Grundrecht auf Privat- und Familienleben (Art. 8 MRK) nicht vorgesehen war, nicht aber gegen die Erstreckung. Eine Erstreckung eines Aufenthaltsverbotes wird sogar im Regelfall den Intentionen des Art. 8 MRK insofern näher kommen als ein nach Abwägung (im Sinne des neu vorgesehenen Abs. 3) erfolgter Ausspruch eines Aufenthaltsverbotes nur gegen den Fremden (allein), als sie jedenfalls kein Auseinanderreißen von Familien bewirken würde. Über den Entwurf hinausgehend wird angeregt, im § 11 des Fremdenpolizeigesetzes zu normieren, daß auch gegen die Ver-

- 4 -

sagung einer Bewilligung gemäß § 6 Abs. 1 zweiter Satz - soweit es sich nicht um die Versagung eines Sichtvermerkes handelt, für die § 28 PaßG 1969 maßgeblich ist - eine Berufung nicht zulässig ist.

25 Mehrabdrucke dieser Stellungnahme werden u.e. dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für die o.ö. Landesregierung:
Im Auftrag

Dr. G a i s b a u e r

F.d.R.d.A.:

